

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

168. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 3. Mai 2017

Antrag 01

Abwendung von Atomkraft-Subventionen in Europa und Maßnahmen gegen Paks II

Die Arbeiterkammer Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, sämtlichen Tendenzen der EU-Kommission und einzelner Mitgliedsstaaten zu einer Wiederbelebung der Nuklearenergie entschieden entgegen zu treten. Insbesondere beim britischen Atomkraftwerk Hinkley Point muss gewährleistet werden, dass es im Zuge des „Brexits“ nicht zu Zugeständnissen und Aufweichungen der bisherigen Rechtslage kommt.

Weiters wird der Versuch einer verdeckten Förderung des ungarischen Atomkraftwerkes Paks mittels einer verschleiernenden Umweg-Finanzierung über Russland abgelehnt.

Ein Ausbau des AKW Hinkley Point wäre auch nach einem Brexit für die verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten relevant.

Neben dem offensichtlichen prinzipiellen Sicherheitsrisiko eines weiteren Atomkraftwerks und der verheerenden energiepolitischen Signalwirkung kommt es auch zu einem ausbleibenden Erwerb von Kompetenzen und praktischen Erfahrungen in Sachen nicht-nuklearer und alternativer Energieproduktion (welche ohne Hinkley Point mit anderen, nachhaltigeren Mitteln geleistet werden müsste). Weiters bleiben auch nach einem allfälligen „Brexit“ die Subventionierung der allgemeinen Strompreise durch die öffentliche Hand ein Wettbewerbsfaktor, der Österreich beispielsweise im Bereich der Automobilfertigung berührt.

Da im Zuge der Brexit-Verhandlungen das Verhältnis von Großbritannien zur EU grundsätzlich neu aufgestellt wird und viele Punkte parallel verhandelt werden wäre es denkbar, dass es aus verhandlungstaktischen Gründen hier zu Zugeständnissen kommt - zumal die EU-Kommission tendenziell eher als atomenergiefreundlich einzustufen ist. Vorrangiges, unverrückbares Ziel in den anstehenden Brexit-Verhandlungen muss daher aus österreichischer Sicht die Beibehaltung der bisherigen Linie sein.

Ähnlich die Problematik im Fall des ungarische AKW Paks:

Hier besteht die wettbewerbsverzerrende Förderung in der Preisgestaltung des russischen Staatskonzernes. Darüber hinaus droht mit der Errichtung einer nuklearen Großanlage eine Vorentscheidung der „Energiewirtschaft“ (zentralisiert und nuklear anstatt „smart grids“ und

nachhaltiger Energie) in der ganzen Region.

Die vorliegenden Ausbaupläne für das AKW Paks erweisen sich als ebenso bedenklich wie für das Atomkraftwerk Hinkley Point. Daher sollte gegen diese wie im Positivbeispiel des Falles von Hinkley Point (Ausnützung aller rechtlichen Möglichkeiten inklusive des Klagsweges seitens der österreichischen Regierung) gleichermaßen resolut vorgegangen werden.